



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiter: Herr Baldus

E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 19.01.2023

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit

am Dienstag, 24. Januar 2023, um 17:00 Uhr,

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS:

Es wird empfohlen, während der Sitzung eine medizinische Maske zu tragen.

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften
2. Vorstellung des Vereins Wildwasser Wiesbaden e.V.

3. 23-F-69-0005

Vorstellung BerufsWege für Frauen e.V.

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP, BLW/ULW/BIG vom 18.01.2023 -

Die antragsstellenden Fraktionen möchten Frauen in der Arbeitswelt gezielt unterstützen, insbesondere bei den Themen Lohngleichheit und Chancengleichheit. Frauen müssen im Jahr 2023 die gleichen Möglichkeiten haben, Karriere zu machen, wie Männer. Aus diesem Grund halten wir es für überaus wichtig, Vereine und Institutionen zu unterstützen, die dies zum Ziel haben: gezielt Frauen die Möglichkeit bieten, beispielsweise durch Schulungen oder Workshops Fähigkeiten und Fachkenntnisse auszubauen und zu erweitern, um so die vielfältigen Herausforderungen des Arbeitsmarktes besser meistern zu können.

BerufsWege für Frauen e.V. ist ein seit 1988 in Wiesbaden etablierter Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die berufliche Weiterentwicklung von Frauen zu fördern: Der Wiedereinstieg in den Beruf, Jobwechsel, die Planung der nächsten Karriereschritte, Migration als Chance, Existenzgründungen oder die Sicherung einer erfolgreichen Selbständigkeit explizit für Frauen sind Felder, in denen BerufsWege für Frauen e.V. seit vielen Jahren erfolgreich berät. Die erfolgreiche und wichtige gesellschaftspolitische Arbeit des Vereins verdient Aufmerksamkeit und mehr Gehör.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. In den nächsten Monaten gezielt Vereine und Institutionen, die Frauen beim Jobwechsel, beim Schritt in die Selbständigkeit oder aus der Arbeitslosigkeit heraus gezielt unterstützen, in den Ausschuss zur Vorstellung einzuladen.
2. BerufsWege für Frauen e.V. in den kommenden Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit einzuladen, um dem Verein hier die Möglichkeit zu geben, sich und seine Arbeit zu präsentieren.

ANLAGE zu TOP 4 bis 6: Bericht von Dezernat II vom 31.05.2022

4. 23-F-63-0014

Bewertung des Wiesbadener Silvesterabend

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.01.2023 -

Die gewaltsamen Übergriffe auf Einsatzkräfte der Polizei, Feuerwehr und Rettungssanitätern haben an Silvester in Berlin zu 38 Festnahmen geführt. Verglichen mit anderen Städten war die Anzahl an Übergriffen gegenüber Einsatzkräften glücklicherweise deutlich geringer und die Versorgungslage in Wiesbaden auch in den Krankenhäusern weniger angespannt als andernorts. Dennoch kam es auch in Wiesbaden zu Angriffen auf Passanten und Rettungskräfte (Wiesbadener Kurier vom 02. und 05. Januar 2023). Hier wurde auch beschrieben, dass viele Einsatzkräfte, gerade Sanitäter und Sanitäterinnen, Übergriffe längst nicht melden, da sie an der Tagesordnung sind. Auch von verbalen Attacken in Form von Beschimpfungen berichtet die Feuerwehr.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

1. zu berichten, wie viele Angriffe gegenüber Einsatzkräften bekannt geworden sind und ob die Tatbestände verglichen mit früheren Silvester Jahren ein größeres Ausmaß an Aggressivität (Schwerpunktbildung, räumlich und /oder situativ) aufwiesen.
2. in dem Bericht 22-F-69-0016 vom 15.03.2022 werden die Ursachen für Angriffe auf die Wiesbadener Rettungskräfte klar beschrieben. Welche Maßnahmen sieht der Magistrat als erfolgreich an, diesen Ursachen entgegenzuwirken?

5. 23-F-69-0006

Angriff auf Rettungskräfte

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 18.01.2023 -

In der Silvesternacht 2022/2023 kam es zu massiven Ausschreitungen in der gesamten Bundesrepublik. Rettungskräfte wurden beschimpft, attackiert, verletzt. Seitdem wird vermehrt darüber diskutiert, wie sich die Angriffe auf Einsatzkräfte entwickelt haben und was dagegen getan werden kann.

Wie der Wiesbadener Kurier berichtete, wurde auch in Wiesbaden eine junge Sanitäterin leicht verletzt, als sie einen Mann versorgte. In diesem Zusammenhang äußerte Manfred Stein, der hauptamtliche Vorstand des DRK Wiesbaden, dass viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Übergriffe mittlerweile gewohnt seien. Und zwar in dem Maße, dass verbale Attacken wie Beschimpfungen meist nicht mal mehr gemeldet würden. Bei der Wiesbadener Polizei wurde 2021 dagegen ein Höchststand an Straftaten gegen Polizistinnen und Polizisten bezüglich Angriffen und Widerstandshandlungen festgestellt: Tätliche Angriffe nahmen im Vergleich zu 2020 um 33 Prozent von 98 Fällen auf insgesamt 130 Fällen zu, nach vorläufiger Bewertung ähneln diese Zahlen aus 2022 denen des Vorjahres¹.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten,

1. wie ein Konzept aussehen kann, das Rettungs- und Einsatzkräften in Wiesbaden zu mehr Akzeptanz verhelfen kann,
2. auf welche Weise hier vor allem vorbeugende Sozialarbeit, Streetworker und Psychologen eingebunden werden können, da es sich hierbei um explizite Vorschläge des DRK Wiesbadens handelt,
3. wie die Implementierung eines solchen Konzepts finanziert werden kann und mit welchem Maß finanzieller und personeller Ressourcen gerechnet werden muss,
4. in welchem zeitlichen Rahmen ein so geartetes Konzept in der Landeshauptstadt umgesetzt werden kann.

6. 23-F-15-0002

Pilotprojekt Distanzabwehr für die Stadtpolizei

- Antrag der Fraktion Freie Wähler / Pro Auto vom 06.01.2023 -

Tätliche Übergriffe auf Einsatzkräfte wie z.B. auf Kräfte des Ordnungsamts, Landespolizei, Feuerwehr oder Rettungskräfte, nehmen nach Berichten in der Presse auch in Wiesbaden stetig zu. Die Aufmerksamkeit und Anteilnahme der Politik im Kontext mit dieser Entwicklung sollten eine Mahnung sein, wie schützenswert die Kräfte sind, die für uns tagtäglich im Einsatz sind.

¹ <https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/wiesbaden/stadt-wiesbaden/angriff-auf-wiesbadener-rettungskraefte-2196916>

Ein Zitat des Oberbürgermeisters Mende im Wiesbadener Kurier vom 05.01.2023: „Die Blaulicht-Familie verdient Respekt und Solidarität“ ist deshalb zu begrüßen.

So hat die Wiesbadener Stadtpolizei keinerlei Möglichkeit der Distanzabwehr bei tätlichen Angriffen. CS-Reizgas oder auch der Teleskopstock zum Selbstschutz haben eine gewisse abschreckende Wirkung, lassen einen potentiellen Gegner jedoch bereits sehr nahe an die Einsatzkräfte herantreten.

Aus Selbstschutzgründen und auch als wirkungsvolle Abschreckungsmöglichkeit wird in einigen hessischen Kommunen bereits eine sogenannte "Pfefferspraypistole" (z.B. in Pfungstadt und Offenbach) eingesetzt, um den Schutz der Streifendienstler zu erhöhen.

Der Ausschuss möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten,

1. im Rahmen eines Pilotprojekts einer vorher ausgewählten und geschulten Gruppe von Einsatzkräften der Stadtpolizei diese Geräte zur Verfügung zu stellen,
2. gemeinsam mit den ausgewählten Einsatzkräften und der Leitung des Ordnungsamtes das Ergebnis nach einer angemessenen Testphase zu erörtern und an den Ausschuss zu berichten,
3. bei Kommunen, die bereits diese Möglichkeiten nutzen (in Hessen sind dies u.a. Pfungstadt und Offenbach), entsprechende Erfahrungswerte abzufragen und diese in den Gesamtbericht einfließen zu lassen.

7. 22-F-05-0012

Sachstandsbericht Schwangerschaftskonfliktberatung/Schwangerschaftsabbruch
- Antrag der Fraktion FDP vom 23.11.2022 -

ANLAGE:
Beschluss Nr. 0077 des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit vom 29.11.2022

8. 22-A-78-0002

Aktueller Bericht zu Stromengpässen und Gasmangellage

9. 21-A-78-0001

Aktueller Bericht aus dem kommunalen Frauenreferat

10. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 22-F-63-0096

Kostenlose Menstruationsprodukte in Geflüchtetenunterkünften in der LHW
- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 07.10.2022 -

ANLAGE: Bericht von Dezernat VI vom 10.01.2023

2. 22-V-04-0022

Troncmittel für den Bereich Frauen

Hinweis:

Die nichtöffentliche Sitzungsvorlage wird für die Ausschussmitglieder in Sharefile eingestellt.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Coigné
Vorsitzende